

Magistrat der Stadt Wiener Neustadt
Geschäftsbereich III (Behördenverwaltung)
Gruppe III/2 - Bau-, Gewerbe- und Anlagenrecht



Datum: 25.03.2021

Zahl: WN/42124/WT-BA-BB/2
(Bitte bei Antwort angeben)

Bearbeiter: Wimmer/Sti
DW: 161 Fax: 149
E-Mail: bgar@wiener-neustadt.at

Bezug: ---
Betreff: Oedendorfer Eva,
Abänderung der Betriebsanlage im Standort
Flugfeldgürtel 3, 2700 Wr. Neustadt

Öffentliche Bekanntmachung einer mündlichen Verhandlung

In folgender Angelegenheit wird eine mündliche Verhandlung anberaumt:

Frau Eva Oedendorfer hat um die Erteilung einer gewerbebehördlichen Genehmigung für die Abänderung der bestehenden Betriebsanlage (Imbiss „OEDI'S Würstl Hüttln“) im Standort Flugfeldgürtel 3, 2700 Wiener Neustadt, Gst.Nr.: .2771 Bfl., EZ 1362, KG 23443 Wiener Neustadt, angesucht.

In dieser Angelegenheit wird gemäß § 359 Abs. 1 GewO 1994 eine mündliche Verhandlung anberaumt.

Ort

Neues Rathaus, Neuklosterplatz 1, 2700 Wiener Neustadt

Datum	Zeit	Stock/Zimmer Nr.
19.04.2021	10:00 Uhr	Verhandlungsraum – EG (ehem. Mutter- u. Vaterberatung)

Beteiligte können persönlich zur mündlichen Verhandlung kommen, an ihrer Stelle einen Bevollmächtigten/eine Bevollmächtigte entsenden oder gemeinsam mit ihrem/ihrer Bevollmächtigten zur Verhandlung kommen.

Bevollmächtigter/Bevollmächtigte kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbszwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Der/Die Bevollmächtigte eines/einer Beteiligten muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können.

Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.

Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn Sie sich durch eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person (z.B. einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin, einen Notar/eine Notarin, einen Wirtschaftstreuhandler/eine Wirtschaftstreuhandlerin oder einen Ziviltechniker/eine Ziviltechnikerin) vertreten lassen,
- wenn Ihr Bevollmächtigter/Ihre Bevollmächtigte seine/Ihre Vertretungsbefugnis durch seine/ihre Bürgerkarte nachweist,
- wenn Sie sich durch uns bekannte Angehörige (§ 36a des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG), Haushaltsangehörige, Angestellte oder durch uns bekannte Funktionäre/Funktionärinnen von Organisationen vertreten lassen und kein Zweifel an deren Vertretungsbefugnis besteht oder
- wenn Sie gemeinsam mit Ihrem/Ihrer Bevollmächtigten zu uns kommen.

Beteiligte können in folgende Pläne und sonstige Behelfe Einsicht nehmen:

Einreichunterlagen

Ort: Magistrat der Stadt Wiener Neustadt, Neuklosterplatz 1, 2700 Wiener Neustadt

Eine Einsichtnahme in die verfahrensgegenständlichen Planunterlagen ist **nur nach telefonischer Vereinbarung unter 02622 373 DW 163 möglich.**

Auf der Grundlage des § 3 Verwaltungsrechtliches COVID-19-Begleitgesetz - COVID-19-VwBG, BGBl I Nr. 16/2020 idgF, ist die anberaumte Verhandlung im Sinne der geordneten Verwaltungsrechtspflege unbedingt erforderlich und liegen daher keine Einschränkungen der Bewegungsfreiheit durch COVID-19 Maßnahmen zur Teilnahme an der Verhandlung vor.

Zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 sind iSd Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gemäß § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl. II Nr. 98/2020 idgF., folgende Verhaltensregeln einzuhalten.

- Während der gesamten Aufenthaltsdauer im neuen Rathaus ist das Tragen einer FFP2-Maske verpflichtend.
- Das Gebäude ist über den Haupteingang (Neuklosterplatz) zu betreten und über den Nebeneingang (Neuklostergasse) zu verlassen.
- Beim Betreten des Gebäudes sind die Hände zu desinfizieren. Dazu ist im Eingangsbereich (Windfang) ein Desinfektionsspender aufgestellt.

- Dem Sicherheitspersonal ist die Zugangsberechtigung zum Verhandlungsraum mit dieser Verhandlungsverständigung und einem Identitätsnachweis (Lichtbildausweis) nachzuweisen.
- Während der gesamten Aufenthaltsdauer im neuen Rathaus ist ein Abstand von mindestens zwei Metern zu anderen Personen einzuhalten.

Abgesehen von dieser Bekanntmachung und der persönlichen Verständigung der uns bekannten Beteiligten wird die Verhandlung durch Verlautbarung kundgemacht.

Beteiligte verlieren ihre Parteistellung, soweit sie nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung während der Amtsstunden bei uns oder während der Verhandlung Einwendungen erheben. Außerhalb der Verhandlung schriftlich erhobene Einwendungen müssen spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bis zum Ende der Amtsstunden bei uns eingelangt sein.

Außer in der Verhandlung können mündliche Einwendungen spätestens (**nach telefonischer Vereinbarung**) erhoben werden:

Ort

Magistrat der Stadt Wiener Neustadt, Neuklosterplatz 1, 2700 Wiener Neustadt

Datum

Zeit

Stock/Zimmer Nr.

16.04.2021

08.00-12.00 Uhr


**Verhandlungsraum – EG
(ehem. Mutter- u. Vaterberatung)**

Wenn ein Beteiligter/eine Beteiligte jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und ihn/sie kein Verschulden oder nur ein minderer Grad des Versehens trifft, kann er/sie binnen zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses, das ihn/sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Eine längere Ortsabwesenheit stellt kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis dar.

Rechtsgrundlagen: §§ 40 bis 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 – AVG

Der Bürgermeister:
i.A. Die Geschäftsbereichsleiterin:
i.A.

Krispel

	Siegelersteller	Magistrat der Statutarstadt Wiener Neustadt, Land NÖ
	Datum/Zeit-UTC	2021-03-26T11:08:08+01:00
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.wiener-neustadt.gv.at/amtssignatur
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert. Auch ein Ausdruck dieses Dokuments hat gemäß § 20 E-Government-Gesetz die Beweiskraft einer öffentlichen Urkunde.	